

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,
Regierender Bürgermeister
von Berlin, setzt sich für
eine menschliche Metropole
ein: Steingewordene Ge-
sellschaftspolitik.

Seite 1-3

Axel Wernitz MdB unter-
breitet Vorschläge zur
Modifizierung des Brief-
wahlrechts: An Bedeutung
gewonnen.

Seite 4/5

Peter Schellschmidt schließ-
t auf, wie CDU und CSU
auf die wichtigsten Fra-
gen die Antworten schuldig
bleiben: Union der poli-
tischen Mätzchen.

Seite 6/7

Dokumentation

Ärzte im Atomkrieg: Völlig
machtlos.

Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 33

17. Februar 1981

Arbeiten für eine menschliche Metropole

Berlin wie alle Städte: Steingewordene Gesellschaftspolitik

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des
SPD-Präsidiums

Alexis de Toqueville hat einmal gesagt: "Die Gemeinde ist die einzige Vereinigung, die so durchweg naturhaft ist, daß überall, wo Menschen sich zusammenschließen, von selber eine Gemeinde entsteht." Jede Stadt hat ihre Persönlichkeit, ihre Individualität, ihre besonderen Probleme. Berlin gehört in den großen Kreis der Städte und Gemeinden, von denen de Toqueville sprach. Aber Berlin tritt auch heraus aus diesem Kreis. Denn es hat eine doppelte Aufgabe: Es hat die Aufgabe, der sich alle Metropolen seiner Größe gegenübersehen, nämlich auf die Bedürfnisse der in ihr lebenden Menschen zu antworten, sie in humaner Weise zu befriedigen. Und es hat eine zusätzliche Aufgabe, die sich daraus ergibt, daß Berlin noch heute die Folgen eines der dunkelsten Abschnitte unserer Geschichte, die Folgen kriegerischer Gewalt im täglichen Leben zu tragen hat. Wer aus Westdeutschland kommt, spürt das vielleicht noch stärker. Zu diesen Folgen gehört die Teilung der Stadt, die militärische Präsenz der Mächte, die freilich aus Besatzungs- zu Schutzmächten geworden sind, gehört die Lage an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme und zweier tief unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, gehört das Ringen um Zugang und Übergang, gehört schließlich die Verpflichtung zum Wachhalten geschichtlicher Zusammenhänge und des Wissens um die gemeinsamen Wurzeln unserer nationalen Existenz. Beide Aufgaben sind eng miteinander verbunden.

Manche meinen, die kommunalen Krisenerscheinungen, vor denen Berlin steht, die Probleme, denen es sich gegenüber sieht, seien ohne Beispiel. Auch in Berlin habe ich solche Ansichten getroffen. Ich kann ihnen nicht zustimmen.



Die Wahrheit ist: Alle Fehlentwicklungen und Mängel, mit denen wir es zu tun haben, gibt es auch in anderen Metropolen. Hausbesetzungen, gewalttätige Konfrontation mit der Polizei, Mangel an preiswerten Wohnungen, Schwierigkeiten im Zusammenleben mit Ausländern, Verfall von Bausubstanz, Landschafts- und Flächenverbrauch durch Verkehrsbauten, Umweltbelastungen, Drogenkonsum - das alles beschäftigt auch andere Millionenstädte. Zürich zum Beispiel oder Frankfurt oder Mailand oder London und Los Angeles, um nur Städte aus den westlichen Industrienationen zu nennen. Zu einigen Stichworten wären durchaus auch osteuropäische Metropolen zu erwähnen. Aus Gesprächen mit dortigen Bürgermeistern ist mir das sehr geläufig.

Gewiß: Einzelne der Probleme treten in Berlin früher auf als an anderen Plätzen. Sie stellen sich auch mitunter schärfer, manche bündeln sich auch. Aber das ändert nichts daran, daß sich alle Metropolen der gleichen Grundfrage gegenübersehen: Ob sie mit den Folgeerscheinungen eines epochalen Umbruchs fertig werden. Ob wir die wachsenden Ansprüche befriedigen können. Und vor allem: Ob unsere Städte ihren Bewohnern noch das Gefühl der Geborgenheit, der Individualität, des Beheimatetseins zu vermitteln vermögen.

Diese Gedanken habe ich schon 1971 als Präsident des Deutschen Städtetages formuliert und hinzugefügt, daß der allgemeine Trend nach meiner Beurteilung eher zum Schlechteren gehe. Die Unruhen in den großen amerikanischen Städten seien nicht nur Rassenkonflikte, sondern auch Aufstände gegen die Lebensbedingungen in diesen Städten. Wir sollten - so sagte ich damals - nicht zu sicher sein, daß nicht auch bei uns einzelne Gruppen eines Tages gegen die Lebensbedingungen in unseren Städten demonstrieren würden. Erste Ansätze seien da und dort zu erkennen.

Diese Einschätzung ist - nicht nur in Berlin - bestätigt worden.

Wer dieser Entwicklung begegnen und sie schließlich wenden will, der braucht klare Konzeptionen. Diese Konzeptionen lassen sich nicht einfach von Computern errechnen. Sie setzen Beurteilungsmaßstäbe voraus, die letzten Endes nur aus den Vorstellungen abgeleitet werden können, die der Beurteilende vom Wesen und der Würde des Menschen, vom Sinn des menschlichen Daseins und von der richtigen Ordnung der menschlichen Gesellschaft besitzt. Man kann sich an diesen Fragen nicht vorbeizwängen oder sie ins Unterbewußte verdrängen und sich mit echnischen quantitativen Antworten zufrieden geben. Städte sind steingewordene Gesellschaftspolitik. Aus den Grundrissen, aus der Struktur der Städte, kann man Wertordnungen ablesen. Vielleicht nicht die, die zur Zeit ihrer Errichtung in den Verfassungsurkunden aufgeschrieben waren und in Feierstunden gepriesen wurden, aber jedenfalls die, die tatsächlich praktiziert worden sind.

Das gilt für das Berlin der Gründerzeit. Es gilt für die Gegenwart und für die Zukunft.

Ich bin nicht sicher, was künftige Generationen aus dem Städtebau der letzten 20 Jahre ablesen werden. Aber für die Stadt des Jahres 2000 brauchen wir jetzt die Maßstäbe.

Was soll Vorrang haben? Der Mensch und die Entwicklung seiner Persönlichkeit oder die Optimierung der Bodenrente? Die Vielfalt der Landschaft, Bebauung, privater und öffentlicher Funktion oder der einförmige Siedlungsbrei? Die flächenfressende Straße oder die flächensparende Schiene? Die verkehrsberuhigte Fläche, in der Fußgänger und spielende Kinder Vorrang haben, oder die als Durchfahrtsweg fehlgenutzte Wohnstraße, die zugleich noch mit parkenden Fahrzeugen verstopft ist? Die nach einem gemeinsamen



Willen gestaltete Stadt oder die Addition vieler, in sich vielleicht sogar schlüssiger Zufälligkeiten? Die Stadt als Persönlichkeit oder die perfekte, aber anonyme und beliebig austauschbare Stadtmaschine?

Hier liegt der Kern unserer Sache. Und hier müssen wir uns Rechenschaft über die Ziele ablegen, die unsere Gesellschaft nicht in Sonntagsreden oder bei Festakten, sondern in der Realität verfolgt. Rechenschaft auch über die Beurteilungsmaßstäbe, nach denen die Einzelnen, Gruppen und Verbände in der Realität des täglichen Lebens über falsch und richtig, gut und schlecht entscheiden.

Häufig genug gibt statt dieser Wertvorstellungen die Ausweitung der Produktion, die Steigerung des Ertrags, des Einkommens und des Konsums, die Zuwachsraten und der technologische Fortschritt den Ausschlag. Ein Fortschritt, der zudem als ein Dahineilen auf einer konstant aufwärts gerichteten Geraden mißverstanden wird.

Das alles bedeutet keine Verteufelung der Ökonomie oder der Technik. Aber es bedeutet: Beide sollen dienen, nicht herrschen. Die Stadt darf ihnen nicht ausgeliefert werden, wenn sie menschlich bleiben soll. Der Gemeindefille, also die Politik, muß ihnen Rahmen und Schranken setzen. Nicht alles, was technisch machbar ist, darf geschehen. Und nicht alles, was die Zuwachsraten steigert, ist schon deshalb der Kritik entzogen.

Mit diesen Gedankengängen müssen wir uns auseinandersetzen und nach den Folgerungen suchen, die sich daraus für Berlin ergeben. Für die Bodennutzung zum Beispiel, für den Wohnungsbau, die Verkehrspolitik, den Schutz der Umwelt, die Verwendung unserer finanziellen Ressourcen, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Wirtschaftsförderung, den Umgang mit den architektonischen Zeugen der Berliner Vergangenheit. Aber auch für die Ansprüche, die an die Gemeinschaft gestellt werden - manchmal mit fast erschreckender Rücksichtslosigkeit.

Berlin kann seine, ihm aus der jüngeren Geschichte zugewachsene Aufgabe nur zureichend erfüllen, wenn es seine kommunalen Probleme bewältigt. Nur als eine menschliche Metropole kann es eine Stadt der Pluralität, der Liberalität, des Friedens und der Freiheit sein, deren Botschaft auch den Menschen um Berlin, den Menschen in Deutschland etwas zu sagen hat.

(-/17.2.1981/ks/ca)

+ + +



An Bedeutung gewonnen

Vorschläge zur Modifizierung des Briefwahlrechts

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Bundesinnenminister Gerhart Baum will prüfen, ob die Voraussetzungen für die Briefwahl enger gefaßt werden müssen. Das hat er in einem kürzlichen Bericht an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages über Vorhaben für die 9. Legislaturperiode zugesagt.

Jetzt müssen entsprechende Vorschläge in die Diskussion eingebracht werden. Die Bundeswahlordnung kann angesichts der anhaltenden Briefwahltendenzen jedenfalls nicht so bleiben wie sie ist. Das Problem des Briefwahlrechts gewinnt zusätzlich an Dringlichkeit und Bedeutung, wenn der Bundesinnenminister gleichzeitig eine Änderung des Bundeswahlgesetzes anstrebt, mit der eine massive Ausdehnung des Bundestagswahlrechts für Auslandsdeutsche verbunden ist.

In die Diskussion um Modifizierungen des Briefwahlrechts in der Bundesrepublik Deutschland - sofern man nicht die Abschaffung desselben verfißt - sollten die einschlägigen Regelungen des Auslands nach Möglichkeit miteinbezogen, zumindest aber nicht von vornherein verworfen werden. Allerdings würden unsere vom Grundgesetz vorgegebenen Wahlgrundsätze der Gleichheit, Unmittelbarkeit, Freiheit, Allgemeinheit und Geheimheit nicht alle ausländischen Modalitäten beziehungsweise Ausformungen der Abwesenheitswahl zu übertragen gestatten. Aus der Diskussion auszuklammern ist in jedem Falle wohl die Wahl durch einen Stellvertreter, wie sie zum Teil im Ausland üblich ist. Nachdem unsere Briefwahl ja auch eine "Vorauswahl" ist, wären jene Anregungen näher zu prüfen, die sich an den Modalitäten der verschiedenen Vorabstimmungssysteme im Ausland orientieren; insbesondere soweit sich mit ihrer Hilfe die bekannten und beklagten Mißstände sowie Mißbräuche unseres Briefwahlrechts eindämmen ließen.

Unterhalb dieser Ebene gibt es eine ganze Palette von Möglichkeiten zur Eingrenzung der Mißbrauchsmöglichkeiten und damit wohl auch des Briefwahlanteils. Sie zielen im wesentlichen auf Novellierungen der Bundeswahlordnung.

Die Verpflichtung auch für kleinere Anstalten, für die kein Sonderwahlbezirk gebildet ist, einen beweglichen Wahlvorstand einzusetzen, könnte den Anteil der Briefwahlstimmen mindern. Auch für sozial-therapeutische und Justizvollzugsanstalten müßte die Einrichtung eines beweglichen Wahlvorstands obligatorisch werden.

Man könnte für die Wahlberechtigten in Anstalten die Wahl vor dem beweglichen Wahlvorstand auch dadurch ermöglichen, daß dieser als Bote fungiert, bei dem die Briefwahlstimmen abgegeben werden. Die Gemeindebehörde wäre zu verpflichten, diese abgegebenen Stimmen an die Gemeinden weiterzuleiten, in der der Anstaltsbewohner wahlberechtigt ist. Damit wäre zwar nicht die Briefwahl ausgeschlossen, wohl aber Mißbräuchen nachhaltig entgegengewirkt.



Eine solche Regelung erforderte eine Änderung der Bundeswahlordnung dahingehend, daß die Stimmabgabe außerhalb der allgemeinen Wahlzeit erfolgen müßte.

Der mobile Wahlvorstand müßte die Stimmen schon ein oder zwei Tage vor dem Wahltermin entgegennehmen, um sicherzustellen, daß die Briefwahlstimmen der zuständigen Gemeindebehörde rechtzeitig vor dem Ende des Wahlgangs zugehen.

Ein anderer Diskussionsvorschlag geht dahin, die Briefwahlunterlagen mit dem Wahlschein grundsätzlich nur auf dem Postweg dem Wahlberechtigten zugehen zu lassen. Die Aushändigung der Briefwahlunterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht sollte auf die Fälle beschränkt werden, in denen die Verhinderung, zum Beispiel durch Krankheit, erst wenige Tage vor dem Wahltermin akut wird.

Wenig realistisch und obendrein aufwendig wäre die Möglichkeit, mobile Wahlvorstände auch bei kranken, alten und gebrechlichen Wahlberechtigten, die privat wohnen, einzusetzen. Auch hier müßte gegebenenfalls ein Besuch des mobilen Wahlvorstands schon einige Tage vor dem Wahltermin zugelassen sein.

Darüber hinaus könnte geprüft werden, ob die Postzusteller - auch im Rahmen der vom Postminister geplanten zu übertragenden sozialen Aufgaben - verpflichtet werden können, die Wahlbriefe innerhalb eines kurzen Zeitraumes - zwei bis drei Tage und am Wahltag selbst - von den kranken, alten und gebrechlichen Wahlberechtigten abzuholen und als Bote an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Nachdem bei den am Wahltag Abwesenden in hohem Maße Gründe der Bequemlichkeit vorliegen, die zur Briefwahl führen, dürfte sich hier empfehlen, vom Wahlberechtigten die Konkretisierung der von ihm angegebenen wichtigen und beruflichen Gründe nach der Wahlordnung zu verlangen. Es müßte nachgeprüft werden, ob diese konkret angegebenen Gründe auch glaubhaft gemacht sind.

Schließlich gibt es in der Vorschlagspalette auch die Anregung, die Briefwähler finanziell zu belasten. So könnte die kostenlose Beförderung der Wahlbriefe entfallen. Außerdem könnte erwogen werden, für Briefwähler eine Gebührenpflicht einzuführen. Zusammenstellung, Versand, Prüfung und Entgegennahme von Briefwahlunterlagen und Wahlbriefen erfordern zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Daraus ließe sich eine Belastung jener Wahlberechtigten rechtfertigen, die Briefwahlunterlagen anfordern. Die Höhe der einheitlich festzusetzenden Gebühr hätte nach den Grundsätzen der Kostendeckung zu erfolgen. Der zusätzliche Aufwand müßte daher ermittelt und pauschaliert werden. Allerdings sollte eine Gebührenbefreiung aus sozialen Gründen vorgesehen werden.
(-/17.2.1981/ks/ca)

+ + +



Die Union der politischen Mätzchen

Auf die wichtigsten Fragen bleiben CDU/CSU die Antwort schuldig

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

"Die CDU hat es dringend nötig, bestimmte Positionen zu überprüfen und auch manches über Bord zu werfen, was sie bisher gedacht und woran sie festgehalten hat." Der dieses Anfang dieser Woche sagte, ist kaum als polemischer Kritiker der Union abzustempeln: Werner Remmers, CDU-Kultusminister in Niedersachsen. Es wäre auch unfair, wollte man ihn jetzt polemisch als Kronzeugen gegen seine eigene Partei ins Feld führen. Remmers hat übrigens eine Einschätzung - was kaum beachtet worden ist - an konkreten Politikbereichen festgemacht: Wehrdienstverweigerung, Dritte Welt, Kernkraft und Hausbesetzung.

Man könnte diese Liste ergänzen: Arbeitsmarktpolitik, Menschenrechte, Rüstungsexporte, Rüstung überhaupt und vieles mehr. Es ist in der Tat verblüffend: Nahezu alle Fragen, die in unserer Gesellschaft kontrovers diskutiert werden, werden von der Union als Ganzes fest und unerbittlich mit den alten Antworten bedacht. Als ob sich nichts verändert hätte. Man könnte es sogar noch weiter einengen: Die Fragen, die die Christen in unserer Gesellschaft bewegen, finden innerhalb der C-Parteien kein nennenswertes Echo. Zum Problem der Rüstungsexporte etwa äußert sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland. Dessen Bedenken aber stehen in erheblichem Gegensatz zu den wohlfeilen Sprüchen aus der CDU. Während die einen von der Verpflichtung der Deutschen aus ihrer nationalen Geschichte reden, erheben die anderen ihr Verständnis von nationalem Interesse zum beherrschenden Kriterium. Wenn man der CDU-Führung glaubte, dann stünde beides in unaufhebbarer Widerspruch. Dieses Beispiel steht für andere.

Wer sich einmal außerhalb der Dunstglocke Bonn - wo sich die Maßstäbe häufig verzerrt darstellen - umsieht, dem bietet sich eine Wirklichkeit, die in merkwürdigem Kontrast zum Bild der Unionsparteien steht: In Norddeutschland - aber nicht nur dort - bahnt sich eine neue Auseinandersetzung über den vernünftigen Einsatz von Kernenergie an. In Berlin und anderswo wird mit Hausbesetzungen gegen Unvernunft im Wohnungsbau



protestiert. Die Diskussion über die Weiterentwicklung einer Gesellschaft, die mit Wachstum vorerst nicht mehr rechnen kann, ist erst im Beginn. Die Gleichung Sicherheit gleich Rüstung wird vielfach nicht mehr als logisch empfunden. Dies alles sind Auseinandersetzungen, die längst nicht mehr auf die Ebene von "Politprofis" beschränkt sind, es sind Diskussionen, die quer durch die Gesellschaft gehen. Und wenn alle politischen Parteien noch das Spiegelbild der Gesellschaft wären, müßten sie also auch quer durch die Parteien gehen.

Dies ist wohl der Punkt, den Remmers für die CDU beklagt: In der Union wird weiterhin noch so getan, als gäbe es auf all diese Probleme noch eindeutige, nach Parteigrenzen gezogene Antworten. Und als reichte es aus, in Bonn mit politischen Mätzchen taktischer Art zu operieren. Die Union kann und darf in ihren eigenen wie im Gesamtinteresse nicht mehr so tun, als seien geschlossene Reihen oberstes Gebot, um Regierungsfähigkeit nachzuweisen. Fähigkeit zur Verantwortung heißt doch wohl mehr: Methoden und Vermittlung von politischem Handeln sind wichtig, wichtiger aber sind nach wie vor die Inhalte der Politik. Man tritt Herrn Remmers sicher nicht zu nahe, wenn man vermutet, daß er auch darauf hat hinweisen wollen.

Die Diskussionen in der SPD, die aufzunehmen versucht, was in ihr und um sie herum die Menschen bewegt, werden von selten der Opposition in erster Linie unter dem Gesichtspunkt beurteilt und kommentiert: Bleibt die SPD in der Regierung oder bietet sich für die CDU/CSU die Chance zur Rückkehr an die Macht? Die Frage, was die Union mit der Macht anfangen würde, steht offenbar nicht zur Debatte. Die Fragestellung, was in und mit dieser Gesellschaft geschähe, wenn CDU-Innenminister gegen Hausbesetzer vorgehen müßten (im CSU-regierten Bayern gibt es aufschlußreiche Hinweise dafür), wenn "ohne Wenn und Aber" auf den ungezügelter Ausbau der Kernenergie gesetzt würde, wenn das amerikanische Wort, daß es Wichtigeres gäbe als den Frieden, seine deutsche Entsprechung fände, diese Fragestellung bleibt bislang ohne Antwort. Jedenfalls so lange, wie die CDU noch glaubt, sich an den Problemen der Gesellschaft vorbeimogeln zu können.

Noch einmal Werner Remmers: "Der CDU würde eine lebendigere Diskussion gut zu Gesicht stehen."
(-/17.2.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Beim dritten Treffen der "Palme-Kommission" für Abrüstung sprach jetzt der amerikanische Medizin-Professor Dr. Howard H. Hiatt über die medizinischen Folgen seines Atomkrieges. Hiatt ist der Repräsentant einer amerikanischen Ärzte-Kampagne gegen den Atomkrieg. Wir dokumentieren Ausführungen Hiatts aus der Wiener Arbeiterzeitung.

Ärzte im Atomkrieg: Völlig machtlos

Kürzliche Reden von Politikern über die Möglichkeit, einen Atomkrieg zu gewinnen und sogar zu überleben, zeigen ein weitverbreitetes Versagen, die Tatsachen richtig einzuschätzen: Jeder Atomkrieg würde unvermeidlich Tod, Krankheit und Leiden von epidemischen Ausmaßen verursachen, für die ein wirkungsvolles medizinisches Eingreifen in realistischem Maßstab unmöglich wäre. Diese Erkenntnis führt zur gleichen Schlußfolgerung, wie sie Spezialisten der öffentlichen Gesundheit in bezug auf Epidemien unserer Zeit, wie Lungenkrebs oder Herzkrankheiten, getroffen haben: Falls man eine Krankheit nicht erfolgreich behandeln kann, muß man trachten, sie zu verhüten.

Was kann man über die Art von "Epidemie" sagen, die aus der Anwendung von Kernwaffen resultieren würde? Zwei Informationsquellen sind vorhanden: Erstens die Beschreibung der medizinischen Wirkung der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, zweitens die theoretischen Vorausberechnungen der medizinischen Wirkungen von Atomwaffen auf amerikanische oder sowjetische Städte.

Augen durch die Hitze geschmolzen

Die Hiroshimabombe hat von einer Gesamtbevölkerung von 245.000 Menschen schätzungsweise 100.000 getötet; sie zerstörte zwei Drittel der 90.000 Gebäude innerhalb der Stadt. Vielleicht viel abschreckender als alle Statistik sind jedoch die Beschreibungen einzelner Opfer. So schreibt John Hersey in seinem Buch "Hiroshima":

"...da waren etwa 20 Männer, alle im gleichen alpdruckerzeugenden Zustand: Ihre Gesichter waren völlig verbrannt, ihre Augenhöhlen leer, die Flüssigkeit ihrer geschmolzenen Augen war ihre Wangen heruntergeronnen. Ihre Münder waren nichts als geschwollene, eiterbedeckte Wunden, die sie nicht genug öffnen konnten, um den Schnabel einer Teekanne aufzunehmen..."

Die Wirkungen eines Angriffs auf eine amerikanische Großstadt wurden in Artikeln beschrieben, die auf Untersuchungen des Kongreßausschusses für Atomenergie und der Atomenergie-Kommission beruhen. Beim Abwurf einer 20-Megatonnenwasserstoffbombe, tausendmal stärker als die Hiroshimabombe, würde im Stadtzentrum ein Krater von 800 Meter Durchmesser entstehen. Selbst starke Betonstrukturen innerhalb eines 6,5-Kilometer-Radius würden nicht überstehen, was die meisten Spitäler und das medizinische Personal in dem Gebiet einschließt. Bis zu 25 Kilometer vom Explosionsort würden alle Gebäude irreparabel beschädigt werden.

Die Detonation der Bombe würde soviel Wärmeenergie freimachen, daß die Verbrennungen der Netzhaut des Auges bis zu 65 Kilometer Entfernung zu Blindheit führen würden, falls man in den Feuerball geschaut hat. Mehr als 30 Kilometer vom Explosionszentrum würde der Feuersturm, der durch brennende Häuser, Holz und Benzin- und Öltanks angefeuert wird, die schon katastrophalen Schäden durch die Explosion weiter verstärken.

Unter den 3,5 Millionen Einwohnern von Stadt und Umgebung würden Explosion und Feuersturm 2,2 Millionen töten. Die Überlebenden wären schwer verbrannt, blind und noch auf



andere Weise verwundet. Ein großer Bedarf für medizinische Betreuung, Lebensmittel, Wasser, Obdach und Kleidung würde bestehen, der nicht zu decken wäre.

Die meisten Doktoren ausgeschaltet

Das sind die Kurzzeitwirkungen. Die Probleme der Strahlenkrankheit - einschließlich schwer zu behandelnder Übelkeit, Erbrechen und Durchfall, Blutungen, Haarausfall, schwerer Infektion und oft Tod - würden mit der Zeit zunehmen.

Wie würde die moderne Medizin mit den Verwundeten nach einem Atomangriff fertig werden? Hersey beschrieb die Probleme, die sich dem Gesundheitssystem von Hiroshima stellten:

"Von 150 Doktoren in der Stadt waren 65 bereits tot, die meisten anderen waren verwundet. Von 1780 Krankenschwestern waren 1654 tot oder zu schwer betroffen, um arbeiten zu können. Im größten Spital, dem des Roten Kreuzes, waren nur sechs von 30 Ärzten imstande, zu arbeiten, und nur 10 von mehr als 200 Krankenschwestern. Mindestens 10.000 Verwundete kamen zu dem Spital, das für eine solche Invasion völlig unzureichend war..."

Was sind die Aussichten für medizinische Betreuung im Falle der betroffenen US-Großstadt? Falls man 6.560 Ärzte im Gebiet zur Zeit des Angriffs annimmt, dann kommen die Studien zu einer Zahl von 5.000 sofort Getöteten oder tödlich Verwundeten. Nur 900 wären imstande, medizinische Betreuung durchzuführen. Das Verhältnis der Verletzten pro Arzt würde daher 1.700 zu 1 überschreiten. Falls ein Arzt im Durchschnitt nur 15 Minuten für jeden Verletzten aufwenden und 16 Stunden im Tag arbeiten würde, würde es 16 bis 20 Tage dauern, bis jeder Verwundete einmal angeschaut werden kann.

Daher ist es unrealistisch, ernsthaft eine medizinische Reaktion auf die überwältigenden Gesundheitsprobleme nach einem Atomangriff anzunehmen. Medizinische Maßnahmen würden jämmerlich unwirksam sein, um mit der Last von Krebs- und Erbschäden fertigzuwerden, die Überlebende und zukünftige Generationen befallen. Die Radioaktivität würde das Explosionsgebiet monatelang unbewohnbar machen. Die Wasserversorgung des Gebiets, die Kanalisation, das Transportwesen und die industrielle Kapazität des Gebiets wären zerstört.

50.000 Kernwaffen einsatzbereit

Derzeit sind mehr als 50.000 Kernwaffen stationiert und abschußbereit. Viele übersteigen die Zerstörungskraft der Hiroshimabombe um ein Vielfaches. Genügend viele Atombomben existieren außerhalb der USA, um jede amerikanische Großstadt wiederholt in der soeben beschriebenen Art zu zerstören.

Man mag fragen, was der Zweck ist, solche undenkbareren Umstände im Detail zu beschreiben. Aber in Wirklichkeit sind diese Umstände gar nicht undenkbar, sondern man denkt nur zu wenig darüber nach und diskutiert noch weniger darüber. Zu den schmerzlichen Ergebnissen dieses Schweigens gehört die dauernde weitere Ausbreitung der Kernwaffen und die Tatsache, daß ein Atomkrieg als Möglichkeit zur Behandlung von Weltproblemen angesehen wird.

Falls wir die Folgen eines Atomkrieges in medizinischer Hinsicht prüfen, müssen wir die unausweichliche Lektion der modernen Medizin zur Kenntnis nehmen: Wo die Behandlung einer Krankheit unwirksam ist oder die Kosten unerträglich sind, muß die Aufmerksamkeit auf die Verhütung gerichtet werden. Beides trifft auf die Wirkungen eines Atomkrieges zu. Behandlungsprogramme würden praktisch nutzlos sein, die Kosten gigantisch. Gibt es zwingendere Argumente für eine Strategie der Verhütung? (-/17.2.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

